

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/106

Bonn, den 7. Juni 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 2

Schwergewicht nicht erkannt

Dortmund - schief gesehen

2 - 3

In Ruhe vor dem ganzen Volk beraten!

Zur Diskussion über die Notstandsgesetzgebung

4

"Teilweise außerordentlich richtungsdig"

Es fehlen Gesundheitszentren - Kritik eines Wissenschaftlers

5 - 6

Alte Taktik - Neue Taktik

Wehrdienstverweigerer in kommunistischer Sicht

Von Helmut F. Bärwald

+ + +

Schwergewicht nicht erkannt

Dortmund - schief gesehen

sp - Bei der Nachlese der Presse- und Funkchos vom SPD-Parteitag ergibt sich zunächst die erfreuliche Feststellung, daß die in- und ausländische Presse in ihrer überwiegenden Mehrzahl dieses Ereignis entsprechend seiner Bedeutung für die deutsche und internationale Politik positiv gewertet hat. Natürlich gibt es auch Ausnahmen. Die Berichterstattung über Dortmund in der Zone und leider auch in einigen Publikationsorganen der Bundesrepublik konzentriert sich auf Randerscheinungen, anstatt die Schwerpunkte der in der Metropole des Ruhrgebiets gefällten Entscheidungen darzustellen. Bei der Zonenpresse ist das nicht erstaunlich; dort sieht man die SPD sowieso durch die bekannte Spezialbrille.

Die sowjetzonale Nachrichtenagentur ADN und NEUES DEUTSCHLAND des Organ des Zentralkomitees der SED, teilen ihren Lesern mit, der SPD-Parteitag habe im Zeichen einer starken Opposition gestanden. Diese Opposition gegen die Linie des Parteivorstandes - so muß der Leser von NEUES DEUTSCHLAND annehmen - beherrschte den Parteitag. Damit der Leser nicht merkt wie er beschwindelt wird, verzichtet man auf die korrekte Wiedergabe von Abstimmungsergebnissen. Die Tatsache, daß selbst die auf dem Parteitag mehrfach aktiv aber zahlenmäßig doch kaum bedeutende Opposition sogar ihre Zustimmung zu einer der wichtigsten Entschlüsse gab - Notstandsgesetzgebung - wird dem Leser in der Zone mit folgendem Satz "verlüttert":

- * Unter massiver Druck des SPD-Fraktionsvorsitzenden Fritz Epler
- * haben am Freitag die Delegierten des Parteibezirks Hessen ihren
- * Antrag zurückziehen müssen, der vorsieht, jede Änderung des Grund-
- * Gesetzes für den Notstandsfall abzulehnen. (NEUES DEUTSCHLAND
- * 4. Juni 1966)

Bei der Beurteilung anderer zur Debatte stehender Probleme - z.B. Deutschlandfrage, Lage der Nation, Konfrontation SPD/SED - macht die ostzonale Berichterstattung ebenfalls eine Reihe von Kunststücken, mit deren Hilfe dargestellt werden soll, wie tief angeblich die Kluft zwischen den SED-Mitgliedern und der Parteiführung ist. Auf diese Weise erhält der Leser von Zonenzeitungen kaum, was sich wirklich in Dortmund abgespielt hat. Ihm werden fast alle Abstimmungsergebnisse vorenthalten.

Wir haben begründete Zweifel, das alle Mitglieder des Zentralkomitees der SED diese Art der Berichterstattung ihrer nach Dortmund entsandten Journalisten auf die Dauer honorieren werden. Das Zentralkomitee hatte nämlich dafür gesorgt, daß man in Pankow auch die vollständigen Protokolle des Parteitages auf den Tisch des Hauses bekam. Wenn die maßgebenden Männer in Pankow nicht von allen Geistern verlassen sind, müssen sie bei der Lektüre dieser Protokolle feststellen, daß die Zonenjournalisten ihnen mit der Berichterstattung über Dortmund einen schlechten Dienst erwiesen haben.

Auch in der Bundesrepublik hat man sich verschiedentlich auf die Berichterstattung von Randerscheinungen auf dem Dortmunder SPD-Parteitag konzentriert. Wenn auch die überwältigende Mehrheit der deutschen Presse den Parteitag überaus positiv bewertete, so gab es doch einige Publikationsorgane - z.B. der MITTAG und die RUHRNACHRICHTEN - die sich krampfhaft bemühten, ihren Lesern klarzumachen, daß die SPD nach "links" gerutscht sei, und sich Illusionen über die Einwirkungsmöglichkeiten auf die Wiedervereinigungspolitik durch die Konfrontation mit der SED mache.

Einen besonderen Gag leistete sich PANORAMA am Montag. Da wurde den politisch interessierten Bundesbürgern die vermeintliche Unzufriedenheit der SPD-Mitgliedschaft mit der Parteiführung anhand von Episoden dargestellt. Wer den Parteitag nicht selbst erlebt hat, wer die dort gefaßten Beschlüsse und den Inhalt der wichtigsten Reden nicht kennt - gerade diese Reden fanden die Zustimmung der überwältigenden Mehrheit der Delegierten - der mußte aufgrund der PANORAMA-Sendung annehmen, in Dortmund sei alles unter den Tisch gewalzt worden, was dem Parteivorstand nicht genehm war. - Die Wahrheit dagegen ist, daß gerade in Dortmund alle die Partei und unser Volk bewegenden innen- und außenpolitischen Probleme gründlich durchdiskutiert wurden und daß die klaren Mehrheitsentscheidungen keinen Zweifel an der Geschlossenheit der Partei erlauben.

Man muß sich fragen, wem derartige Tricks eigentlich zugute kommen sollen. Glaubt man ernsthaft, die Standfestigkeit der SPD erschüttern oder Zweifel an ihrer demokratischen Substanz erwecken zu können? Vielleicht ist die Erklärung viel einfacher. Es ist durchaus möglich, daß manche Publizisten ihre Hauptaufgabe darin sehen, politische Ereignisse im Stil von Gag-Reportagen an den Mann zu bringen. Nur sollte man sich nicht täuschen: Das Ringen um den Weg der deutschen Politik ist keine Zirkusveranstaltung. Früher oder später wird der leichtfertige Bluff auch von denen erkannt, die sich heute noch vielleicht darüber freuen.

In Ruhe vor dem ganzen Volk beraten !

Zur Diskussion über die Notstandsgesetzgebung

sp - Die Sozialdemokraten nehmen ihre Aufgabe in Sachen Notstandsgesetzgebung nicht leicht. Die Stunde der Not darf in einem demokratischen Staat nicht die Stunde der Exekutive sein. "Deshalb muß auch in Notzeiten die Macht dem Recht unterworfen sein, deshalb müssen die unbegrenzten und unkontrollierbaren Notstandsbefugnisse fremder Militärs durch deutsches Recht abgelöst werden, das den frei gewählten Bundestag zum Herrn des Verfahrens macht und das vor Mißbrauch schützt". (Fritz Erler in Dortmund auf dem Parteitag der SPD)

Die Sozialdemokratie hat auf ihren Parteitagen in Köln und Karlsruhe und in der Entschließung der Spitzengremien in Saarbrücken klar festgelegt, was sie für den Schutz der Menschen und unser aller Freiheit für notwendig hält. Die Diskussion über die Ablösung der alliierten Vorkriegsrechte wird schon seit vielen Jahren geführt und nimmt an Heftigkeit zu. Sie erweckt die Leidenschaften und scheidet die Geister. Oft gibt es dabei auch schiefe Schlachtordnungen. Es geht ja nicht um ein Gesetz für oder gegen eine im Amt befindliche Regierung, es geht um Gesetze zur Sicherung unserer freiheitlichen Grundordnung. Das wird manchmal übersehen. Auf dem Dortmunder SPD-Parteitag hat sich übrigens kein Redner gegen eine Notstandsgesetzgebung als solche ausgesprochen. Keiner stellte die Beschlüsse von Köln und Karlsruhe infrage, aber so mancher äußerte seine Sorgen und Befürchtungen über das WIE und den Umfang und Inhalt der Notstandsgesetze.

Die seinerzeitigen Entwürfe von den damaligen Innenministern Schröder und Hücherl bestehen nicht mehr, sind Kakulatur. Das ist ein bleibendes Verdienst der parlamentarischen Opposition. Diese unglückseligen, vom autoritären und antiparlamentarischen Geist erfüllten Gesetzesentwürfe gaben den Gegnern jeder Notstandsgesetzgebung mächtige Waffen in die Hand, lösten aber auch tiefes Mißtrauen bei vielen aus, denen

der Schutz der freiheitlichen Grundlagen unseres Staates und der Schutz der Menschen in Notzeiten verpflichtende Aufgaben sind. Gerade in der Stunde der äußersten Bedrohung hat sich die Demokratie zu bewähren, hat sie die Kraft und Entschlossenheit aufzubringen, die Substanz unseres Volkes durch geeignete Vorsorgemaßnahmen zu erhalten. Ein demokratischer Staat, der sich dies nicht zutraut, davor zurückschreckt, fordert geradezu die Stunde für eine unkontrollierte Exekutive heraus.

Der Blick auf unsere jüngste Geschichte spornt zu erhöhter Wachsamkeit an; er kann aber auch zur Lähmung führen. Es spricht für einen Mangel an Vertrauen in unser durch die Hölle einer verbrecherischen Diktatur gegangenes Volk, wenn man seinen frei gewählten Vertretern nicht die Fähigkeit zutraut, die Fehler und Schrecken der Vergangenheit vermeiden zu können. Mißtrauen ist gut und heilsam; in Übergroßer Dosis genommen versperrt es in stürmischen Zeiten den Weg für eine auch in der Zukunft gesicherte freiheitliche Lebensordnung. Wer anderen, wenn auch mit uns verbündeten Mächten mehr zutraut, begibt sich des eigenen Willens. Er wird zum Objekt und tritt von der Geschichte ab.

In Lebensfragen der Nation, in denen es um unser aller Existenz geht, sind Geheimnistuerei und Geheimnisträgerei nicht am Platz. Vor den Augen des deutschen Volkes hat die Sozialdemokratie auf ihrem Dortmunder Parteitag ohne Scheu, ohne innere Hemmungen und mit aller Offenheit alle Probleme der Notstandsgesetzgebung diskutiert, leidenschaftlich diskutiert. Diese offene Aussprache wird noch in unserem Volk hohe Wellen schlagen, wurde doch sichtbar, daß die Sozialdemokratie, auch wenn sie in Opposition zur gegenwärtigen Bundesregierung steht, ihr JA zu diesem Staat auch für die Zeiten äußerster Not bereithält. Es gibt keine Herauslösung aus Staat und Nation. Eine Partei von der Größe der Sozialdemokratie kann sich nicht abseits stellen, sie denkt auch nicht daran. Es ist dies die gleiche Partei, deren Reichstagsabgeordnete eher in Gefängnis und Tod gingen, als dem Ermächtigungsgesetz vom Jahre 1933 zuzustimmen, das der Demokratie von Weimar den Todesstoß versetzte und unser Volk und die Welt in ein Meer von Blut und Tränen stürzte. Niemand kennt die gegenwärtigen Entwürfe, die in den Schubläden des Bundesinnenministeriums liegen. Sie müssen zur öffentlichen Beratung auf den parlamentarischen Verhandlungstisch. Doch nicht nur auf diese. An der Ausformung eines der wichtigsten Gesetze - vielmehr eines Bündels von Gesetzen - der Nachkriegszeit haben a l l e Demokraten mitzuwirken, sollen Gegner und Befürworter in öffentlichen Hearings gehört werden, darf kein berechtigter Einwand ungehört verhallen.

Die Sozialdemokratie hat ihre Vorstellungen über eine Regelung der Notstandsgesetzgebung unter dem Gesichtspunkt höchster demokratischer Wachsamkeit entwickelt. Den Regierungsparteien ist nun genügend Zeit gegeben, sich damit zu befassen. Auch an Dortmund führt kein Weg vorbei. Eile ist ja nicht geboten, ein Druck nicht vorhanden. Es gibt genügend Raum für gründliche, alle Aspekte berührende Beratungen. Die Sozialdemokraten werden, so Georg Lober, nicht JA zu einem einzigen Satz sagen, den sie nicht offenen Auges vor jedem Bürger dieses Landes vertreten können.

Teilweise außerordentlich rückständig

Es fehlen Gesundheitszentren - Kritik eines Wissenschaftlers

sp - Die Versorgung der psychisch Kranken in der Welt hat in den letzten Jahren ganz enorme Fortschritte gemacht. Aufgrund neuer medizinischer Erkenntnisse geht man davon aus, daß weit mehr Nervenkrankheiten geheilt werden können, als man es noch vor zehn oder zwanzig Jahren annahm. Viele Staaten haben daraus die Konsequenzen gezogen und für diese Kranken ein Versorgungsnetz eingerichtet, wie wir es beispielsweise für die Behandlung der TBC kennen.

In Großbritannien, Israel, Norwegen, der Sowjetunion und Dänemark beispielsweise wurden Gesetze erlassen, die den Ausbau eines dichten Netzes von Gesundheitszentren zur Heilung für psychisch Kranke vorsehen, die nicht unbedingt in Krankenhäusern festgehalten werden müssen. Man richtet sich da weitgehend nach den Vereinigten Staaten, wo inzwischen 1 879 "Mental Health Centers" in den Kommunen eingerichtet worden sind. Diese kommunalen Einrichtungen bestehen in der Regel aus einer psychiatrischen Abteilung an einem allgemeinen Krankenhaus, aus Einrichtungen zur Teilhospitalisierung, zur Rehabilitation sowie aus einer Ambulanz und einer Nachsorgestation. Inzwischen sind in den Vereinigten Staaten 15 000 Psychiater herangebildet worden, zu denen noch 10 000 klinische Psychologen und 8 000 Sozialarbeiter in der psychiatrischen Krankenversorgung kommen.

Wie sieht es demgegenüber in der Bundesrepublik aus? Der anerkannte Heidelberger Wissenschaftler und Psychologe Professor Häfner hat dieser Tage unumwunden vor dem Deutschen Verein für Öffentliche und Private Fürsorge in Kiel erklärt: "In der Bundesrepublik ist die psychiatrische Krankenversorgung nach ihrer Quantität und nach ihrer Struktur vergleichsweise außerordentlich rückständig." Die vorhandene Kapazität in der Bundesrepublik für psychiatrische Behandlungsmöglichkeiten sei zudem "hoffnungslos unzureichend".

Zahlen bestätigen die scharfe Kritik des Wissenschaftlers. Die 59 Landeskrankenhäuser in Westdeutschland haben durchschnittlich mehr als 1 500 Betten. Sie sind damit viel zu groß und zudem meist ständig überbelegt. Sie liegen ferner abseits von den Wohnzentren, so daß die Kranken keinen Kontakt mehr mit ihrer Familie aufrechterhalten können. Diese Landeskrankenhäuser aber sind personell auch unzureichend besetzt. Geradezu grotesk ist z.B. die Tatsache, daß bei den üblichen medizinischen Disziplinen der bayerischen Krankenhäuser auf 122 Betten ein Arzt zu kommen hat, während für die psychiatrischen Landeskrankenhäuser Bayerns für 1 500 Betten nur ein leitender Krankenhausarzt vorgesehen ist. In der ganzen Bundesrepublik gibt es überhaupt nur tausend Fachärzte für Psychiatrie. Noch kümmerlicher sieht es bei den klinischen Psychologen und Sozialarbeitern aus. Das Interesse, Nervenarzt zu werden, ist auch deshalb gering, weil es für die Fachärzte an den Mammutkrankenhäusern keine Aufstiegschancen und nur eine sehr niedrige Bezahlung gibt. - Der Deutsche Verein für Öffentliche und Private Fürsorge wird nur warnen, aber diese Mißstände nicht überwinden können. Nun ist das Bundesgesundheitsministerium dran. Das jetzige System läuft doch darauf hinaus, daß die Kranken länger als nötig in Anstalten festgehalten werden müssen und ihnen der Weg in die Gesellschaft zurück versperrt wird.

Alte Taktik - Neue Taktik

Wehrdienstverweigerung in kommunistischer Sicht

Von Helmut F. Bärwald

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer in der Bundesrepublik gab vor kurzem seinen Entschluß bekannt, mit der "Freien Deutschen Jugend" (FDJ) und dem "Deutschen Friedensrat" der Sowjetzone Kontakte aufzunehmen und die Möglichkeit der Wehrdienstverweigerung in Mitteldeutschland zu erörtern. Zweierlei darf in dieser Frage nicht übersehen werden. In der Sowjetzone, von den Kommunisten als "erster deutscher Friedensstaat" bezeichnet, gibt es praktisch überhaupt keine Möglichkeit zur Verweigerung des Wehrdienstes. Und: Wehrdienstverweigerung in der Bundesrepublik gilt für die SED seit einiger Zeit als unerwünscht.

SED: Wehrdienstverweigerung - keine Friedensstaat

In Mitteldeutschland wird jede Regung, die auf eine Ablehnung oder Verweigerung des Wehrdienstes zielt, seit Jahren von der SED und ihren Hilfstruppen aufgespürt, disqualifiziert und mit den Mitteln der Agitation, der Demagogie und des Zwangs erstickt. Auch die sogenannten Blockparteien - LDP und CDU/Ost - werden von der SED in den Dienst der "sozialistischen Wehrerziehung" gestellt, um auf diese Weise "unter allen Schichten der Bevölkerung, vor allem unter der jungen Generation... die geistige Bereitschaft zur bewaffneten Verteidigung des ersten deutschen Friedensstaates" zu wecken und zu erhöhen. So meinte kürzlich der Stellvertretende Generalsekretär der sowjetzonalen CDU, daß es die Pflicht der Christen und Kirchen sei, etwas für den Frieden zu tun. So gut. Doch im SED-Staat soll auch das Tun und Lassen der Christen und ihrer Kirchen dem Willen der SED unterworfen werden. Erlaubt ist, was dem SED-Staat nützt; eine Friedensstaat ist, was die SED dafür hält. In diesem Sinne erklärte der hohe Funktionär der Ost-CDU, völlig im Fahrwasser der kommunistischen Agitation schwimmend: "Wehrdienstverweigerung ist kein wirklicher Friedensdienst!"

Vereitelte Zweigleisigkeit

Nun war allerdings die Haltung der SED zur Frage der Wehrdienstverweigerung in Deutschland zumindestens noch außer hin lange Zeit recht schizopren. Taktieren und Agitieren der SED gegen jede Art von Wehrdienstverweigerung hörte an der Zonengrenze auf. Unter der Parole: "Gewehr ist nicht gleich Gewehr" wurde die gleiche Meinung oder Entscheidung entweder als "mangelndes Wehrbewußtsein", als "Unterstützung des Kalten Krieges und der revanchistischen Bonner Politik" verteufelt und bekämpft oder als heldenhafte "Tat für den Frieden" gefeiert. Entscheidend war in jedem Fall der Handlungsort: Sowjetzone oder Bundesrepublik.

Nun paßt offenbar diese zweigleisige Taktik in der Frage der Wehrdienstverweigerung nicht mehr in die Strategie der gegen die Bundesrepublik gerichteten kommunistischen Infiltrations- und Zersetzungsarbeit hinein. Dazu kam für die SED die bittere Erfahrung, daß die jungen Menschen in Mitteldeutschland sich immer wieder auf die gesetzlichen Möglichkeiten einer Wehrdienstverweigerung in der Bundesrepublik beriefen. Nachdem bereits vor einigen Monaten in der Agitationsarbeit des westdeutschen illegalen KP-Apparates in der Frage der Wehrdienstverweigerung junger Menschen in der Bundesrepublik zunächst interneinige "Umspülungen" vorgenommen worden waren, wurde vor kurzem die neue taktische Linie der SED in dieser Frage offen dargelegt.

In einem Artikel des vor allem für die studentische Jugend bestimmten Organs des Zentralrates der FDJ, "FORUM", wies ein Oberstleutnant der "Nationalen Volksarmee" auf nach wie vor gültige Anweisungen hin, die Lenin vor 50 Jahren in "Militärprogramm der proletarischen Revolution" festlegte. Unter ausdrücklichen Hinweis auf diese von Lenin gesetzten Orientierungspunkte wird die neue Taktik interpretiert, nach der es "durchaus im Interesse der Friedenskräfte und der Sicherung des Friedens in Deutschland" liege, wenn "klassenbewußte Kräfte Waffen und militärische Taktik der Bundeswehr gut studieren". Der Grund solchen Tuns liegt klar auf der Hand; er wurde von Lenin bereits vor einem halben Jahrhundert dargelegt: Waffen und militärische Erfahrungen sollen zu einem von den Kommunisten festgelegten Zeitpunkt gegen die demokratische Ordnung und gegen die demokratischen Kräfte unseres Staates eingesetzt werden.

"Friedenskämpfer" als Spione

Die "fortschrittlichsten Friedenskräfte" unter den Wehrpflichtigen der Bundesrepublik werden überdies unverhohlen zur Spionagetätigkeit innerhalb der Bundeswehr aufgefordert. Diese Kräfte, so heißt es in dem gleichen Artikel des "FORUM" sollten möglichst genau feststellen, wo die Schwerpunkte militärischer Anlagen in der Bundesrepublik liegen. Doch nur mit dem Sammeln von Nachrichten dieser Art sei es selbstverständlich nicht getan. Die in diesem Sinne tätigen "Friedenskräfte" würden sicherlich Wege finden, "Freunde in der DDR zu informieren".

In ähnlicher Weise ließ sich kürzlich auch der in der kommunistischen Infiltrationsarbeit tätige "Deutsche Soldatensender 935" vernehmen. In einer seiner Sendungen wurde von einer "besonderen Form der Dienstleistung mit der Bundeswehr" gesprochen, die den "großen Aufgaben des Friedens" zu dienen habe. Ratschläge, wie man sich dem Wehrdienst in der Bundesrepublik entziehen könnte, seien jedenfalls nicht mehr zu erwarten. Der neuen für die Bundesrepublik bestimmten kommunistischen Taktik auf diesem Gebiet entsprechend wird der in der SBZ stationierte Infiltrationssender jetzt nur noch Richtlinien darüber verbreiten, wie sich - wie es keuchlerisch-dewagogisch heißt - der "Bundeswehrsoldat im Interesse der Heimat und zum Wohle der deutschen Nation" verhalten soll.